

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0230/22/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0230/22	21.02.2024

Absender SPD-Stadtratsfraktion Fraktion DIE LINKE Fraktion Grüne/future!	
Gremium	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	22.02.2024
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	19.03.2024
Gesundheits- und Sozialausschuss	20.03.2024
Finanz- und Grundstücksausschuss	10.04.2024
Stadtrat	02.05.2024

Kurztitel Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Aufwandsentschädigung in Höhe des jeweiligen Höchstsatzes für geringfügige Beschäftigungen (Stand Februar 2024: 538,00 Euro) pro Monat pro Praktikant:in, welche im Rahmen des Studiums Sozialer Arbeit ein Pflichtpraktikum unter Anleitung eines:einer staatlich anerkannten Sozialarbeitenden bei der Stadtverwaltung sowie bei kommunalen Einrichtungen ableisten, bereitzustellen. Die Aufwandsentschädigungen sind dazu budgeterhöhend im Haushalt 2025ff. zu berücksichtigen und schriftlich als Teil der Praxisvereinbarung festzuhalten.

Für die Bereitstellung der Mittel sind ggf. Stellen in der Stadtverwaltung zu schaffen.

Des Weiteren wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, sich auf Landesebene für eine angemessene Bezahlung für Praktikant:innen der Sozialen Arbeit im Pflichtpraktikum einzusetzen sowie auf die Anwendung der Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder über die Durchführung von Praktika und die Gewährung von Praktikantenvergütungen vom 01. Juni 2016 hinzuwirken.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Aufwandsentschädigung in Höhe des jeweiligen Höchstsatzes für geringfügige Beschäftigungen (Stand Februar 2024: 538,00 Euro) pro Monat pro Praktikant:in, welche im Rahmen des Studiums Sozialer Arbeit ein Pflichtpraktikum bei einem freien Träger in Magdeburg Soziale Arbeit durch staatlich anerkannte Sozialarbeiter:innen ausübt, zu bezuschussen.

Die Kompensation ist dem freien Träger nach Vorlage der entsprechenden Nachweise (Praktikumsvertrag zwischen Praktikant:in, Hochschule und dem freien Träger sowie Qualifikation der:des Anleitenden) auszuzahlen. Für eine entsprechende Qualitätssicherung soll zwischen Stadtverwaltung, den betreffenden freien Trägern sowie der Hochschule ein entsprechender Leitfaden erarbeitet werden. Für die Auszahlung der Aufwandsentschädigung sind die Fachförderrichtlinien entsprechend anzupassen und um die Möglichkeit der Zahlung einer Aufwandsentschädigung zeitnah zu ergänzen. Ziel ist eine Umsetzung zum 01.01.2025. Die Aufwandsentschädigungen sind dazu budgeterhöhend im Haushalt 2025ff. zu berücksichtigen und schriftlich als Teil der Praxisvereinbarung festzuhalten.

Des Weiteren wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, bei allen Förder- und Projektanträgen im Rahmen des Zuwendungsrechts der Kommune aktiv dafür in geeigneter Art und Weise zu werben.

Begründung:
erfolgt mündlich

Kornelia Keune
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Wiebe
Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion

Julia Brandt
Stadträtin
SPD-Stadtratsfraktion

René Hempel
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE

Kathirn Natho
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-future!

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-future!